

Werte und Interessen in der Sicherheitspolitik 2023

Kersten Lahl

Gute Vorsätze und ambitionierte Ziele gehören zu jedem Jahreswechsel. Selten zuvor war das in der deutschen Sicherheitspolitik so wichtig wie zu Beginn des Jahres 2023. Der schändliche Überfall Russlands seit nun fast einem Jahr zwingt dazu, unsere bisherigen Strategien zu überdenken und die postulierte Zeitenwende kraftvoll mit Taten zu unterlegen. Dazu bedarf es Entscheidungen, die sehr gezielt unseren Werten und Interessen entsprechen. Aber genau an dieser Stelle wird es schwierig.

Nicht selten hört man Stimmen, die eine „moralisierende Außenpolitik“ geißeln und stattdessen fordern, „realpolitisch“ und „vom Ende her gedacht“ zu handeln – konkret auch mit Blick auf die militärische Unterstützung der Ukraine. Im Klartext zielt dies auf die These ab, unseren nationalen Interessen klaren Vorrang einzuräumen vor irgendwelchen übergreifenden Werten – die zu verfolgen zwar ehrenwert, aber im Ergebnis eher nutzlos, teuer und riskant seien. Die Kritiker eines im Kern eher wertebasierten Kurses Deutschlands malen dazu gern eine Art Apokalypse an die Wand, indem sie eine Eskalationsdominanz Russlands unterstellen und das Inferno einer Ausdehnung des Krieges unter gar nuklearen Bedingungen beschwören, was Putin mit unbestreitbarem Geschick propagandistisch fördert. Es sei zwar grundsätzlich nicht falsch, die russische Invasion zu verurteilen, aber zugleich unklug bis unverantwortlich, dafür eigene Interessen aufs Spiel zu setzen. Ein Ausgleich mittels diplomatischer Verhandlungen sei daher der einzige Ausweg. Ob eine solche appeasementartige Lösung überhaupt möglich ist oder im Ergebnis allenfalls auf ein Dulden fundamental rechtswidrigen Verhaltens und quasi eine Belohnung von Aggressionen hinausläuft, erscheint dabei eher nachrangig. Hauptsache, der Waffengang pausiert erstmal.

Den Verfechtern eines solchen Politikverständnisses erscheint zwangsläufig vieles unprofessionell, was die deutsche Politik derzeit charakterisiert oder zumindest betont: Das vehemente Einklagen von Menschenrechten, Werten oder Pflichten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen. Vielmehr sei dringlichst angeraten, Aspekte wie Moral oder Recht geflissentlich zurückzustellen, sofern dies dem eigenen Wohlergehen dient oder Schlimme-



Foto: GSP

Generalleutnant a. D. Kersten Lahl, Vizepräsident der GSP (li.) mit Reinhold Hocke, Leiter der Sektion Fritzlar-Schwalm-Eder

res zu vermeiden verspricht. Oder noch härter formuliert: Wertebasierte Politik sei mitunter unverantwortlich und lade gar Schuld auf sich. Ein wenig erinnern diese Ratschläge an die Parole „Lieber-rot-als-tot“ im Kalten Krieg.

Ein solcher Ansatz ist freilich nicht nur ambitionlos und geschichtsvergessen, sondern markiert auch realpolitisch einen gefährlichen Irrweg. Denn es geht nicht nur um die Existenz der Ukraine als souveräner Staat. Vielmehr stehen noch grundlegendere Fragen auf dem Spiel: Werden Werte künftig auf Schönwetterlagen reduziert, was sie letztlich irrelevant macht? Entsteht generell ein Anreiz für erfolgreiche, weil geduldete Überfälle auf Nachbarn? Darf die globale Ordnung dem archaischen Recht des Stärkeren geopfert werden? Fallen wir wieder in das zurück, was Thomas Hobbes als den Urzustand der Gesellschaft mit dem „Kampf aller gegen alle“, der im Ergebnis eines Leviathans als des rettenden Herrschers mit absolutistischer Macht bedarf, umschrieben hat?

Die Antwort ist klar: Eine Dominanz halbstarker Muskelspiele zementiert die Völkergemeinschaft auf einem Stand, den sie eigentlich verzweifelt zu überwinden sucht. Dabei weiß man doch, wie dringlich Vertrauen im internationalen Miteinander auf dem Weg

in die globale Zukunft ist. Man braucht nur den Blick auf einige der zentralen grenzüberschreitenden Themen zu lenken: die Folgen des Klimawandels, der ungleichen Verteilung von Überlebenschancen, der Wanderungsbewegungen, ungezügelter Aufrüstung. Diese und andere Aspekte beschreiben existenzielle Aufgaben, die nur gemeinsam lösbar sind und dazu unabdingbar eines Klimas respekt- und vertrauensvoller Kooperation bedürfen. Oder umgekehrt ausgedrückt: In einer Welt, in der gegenseitige Überfälle – wenn auch zähneknirschend – geduldet werden, kann sich in keiner Weise das entwickeln, was die Menschheit zu ihrem Überleben benötigt.

Die schändliche Aggression Putins gegen einen seiner Nachbarn hat die Debatte und den Blick geöffnet für eine Grunderkenntnis, die hoffentlich weit über das Jahr 2023 hinausragt: Es gibt in der Sicherheitspolitik keinen Gegensatz zwischen Interessen und Moral – und schon gar nicht einen, der nationalen Interessen einen Vorrang einräumt. Wer einen solchen konstruiert, argumentiert nicht nur werteverloren, sondern auch deutlich zu eng und kurzfristig. ■

In eigener redaktioneller Verantwortung